

Geschäftsstelle und Redaktion:
Königsplatz 10, Hallesches Tor 10

Verlagsnummer 21 808
Verlagskonto Leipzig Nr. 14797

Stöckische
Volkszeitung

Druckpreis: Vierteljährlich 10 Mark, halbjährlich 18 Mark, jährlich 32 Mark.
Werbung: 1. Linie 1.50 Mark, 2. Linie 1.00 Mark, 3. Linie 0.75 Mark.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Zeilen: 1. Linie 1.50 Mark, 2. Linie 1.00 Mark, 3. Linie 0.75 Mark.

Landwirt, obacht!

Es wird nach einem bekannten Wort nie mehr — erzählt als im Kriege, nach der Jagd und vor der Wahl. Es gibt auch heute noch Leute, die glauben, das geeignete Objekt für ihre Wahlhandlung sei der Kandidat.

Was der Bauer als sein Höchstes achtet und schätzt, das ist neben einer christlichen Weltanschauung seine Scholle, sein Grund und Boden. Wer ihm in diesen beiden Dingen zu nahe treten will, der hat mit einer entschledenen Gegnerschaft zu rechnen.

Es gibt Parteien, die selber mit den Bauern gar nichts zu tun haben wollten; heute aber umwerben sie ihn und suchen ihn zu sich hinzuzuziehen. Mit dem Programm der christlichen Weltanschauung aber kann ihm keine dieser Parteien kommen; denn es gibt außer der Zentrumspartei keine, die die wirksame Verteidigung der christlichen Weltanschauung auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Wie aber sieht die Sache in Wirklichkeit? Es gibt Parteien, die dem Zentrum vorwerfen, es habe für die Bauern nichts getan. Wenn aber der Bauer es zu danken, daß er sich zu Macht und Ansehen emporarbeiten konnte.

Der beste Grundtag des Zentrums war und ist heute noch, für das Wohl aller, für das Gemeinwohl zu arbeiten. Nicht die ungeschickte, uneingeschränkte Verwirklichung des einzelnen soll maß- und richtunggebend für den Aufbau unseres Wirtschaftslebens sein, sondern das wirtschaftliche und soziale Wohl der Gesamtheit.

Ans diesem Gedankengang heraus hat das Zentrum bei den Sozialisierungsarbeiten mitgearbeitet; es ist ihm aber zugleich gelungen, der unvernünftigen, ziellosen Sozialisierungsarbeit der Sozialdemokratie das Wasser abzugrenzen.

Nun, Landwirt, daß auf jene Agitatoren, die dich dem Zentrum entfremden möchten, sagen die nicht, wie das Zentrum an der Sozialisierung und am Sozialisierungsgefes mitgearbeitet hat! Und gerade darauf kommt es an.

1. Das Zentrum sorgte dafür, daß in dem Gefes die Entscheidungspflicht festgelegt wurde. Dadurch ist erreicht, daß die Bewirtschaftung des Privateigentums im Prinzip anerkannt ist, denn wo keine Eigentumsbewirtschaftung anerkannt wird, kann auch keine Rede von einer Entscheidung sein.

2. Das Zentrum sorgte dafür, daß in dem Gefes ausdrücklich festgelegt wurde, daß nur sozialisiert werden darf „im Falle eines dringenden Bedürfnisses“. Das bedeutet nichts anderes als einen hervorragenden Schutz vor allem für unsere Landwirtschaft, die dadurch gegen die Sozialisierungsneugier in weitestgehendem Maße geschützt ist.

3. Das Zentrum sorgte dafür, daß festgelegt wurde, daß nur durch Reichsgesetze sozialisiert werden darf. Damit ist jeder Eigenmächtigkeit Tür und Tor veranbart. Jedesmal muß der ganze große Gesetzgebungsapparat, Reichstag, Reichsrat, Reichspräsident und in Zukunft soll auch das Reichswirtschaftsparlament in Bewegung gesetzt werden.

So steht die Mitarbeit des Zentrums am Sozialisierungsgefes. Nur Unvernunft oder böser Wille kann da von Verrat sprechen. Kamper Wahlhandlung ist die Behauptung, das Zentrum habe die Bauern verraten. Vorgegangenen sich jene, die den Vorwurf des Betrugs erheben, was gewonnen wäre, wenn das Zentrum nicht in die Speichen gegriffen hätte, wenn es mit den Reichsparteien in die Opposition getreten wäre und damit unser ganzes Wirtschafts- und Sozialleben der Experimentierpolitik der Sozialdemokratie ausgeliefert hätte? Denken die Bauern daran?

Mit diesem „Verrat“ ist es also nicht. Die Bauern sind dem Zentrum dankbar, daß es für ihre Interessen so unverdrossen eingetreten ist. Daß dem Zentrum jeder Bauernverrat fernliegt, das zeigt auch sein Verhalten bei dem Zustandekommen des Siedlungsgefes. Dieses Gefes arbeitet dem Sozialisierungsgefes infolge entgegen, als es eine Verrechnung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe bezweckt und damit dem Ziel dienen will, an dem die Zentrumspartei immer gearbeitet hat: freier Bauer auf freier Scholle!

Das ist die Bauernpolitik des Zentrums. Wer wollte ihm dieses große Verdienst streitig machen? Es ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln, wenn man den christlichen Bauernstand, soweit er dem Zentrum angehört, mit solchen Mäßen von seiner Ueberzeugung losreißen will. Der Bauer weiß, wo seine Standsinteressen vertreten werden; er weiß auch, wo seine kulturellen Güter geschützt werden und deshalb wählt er am 8. Juni die Liste des Zentrums, die Liste Strieber-Biesch. Er weiß, daß er mit dieser Wahl am besten fährt!

Ein unverantwortliches Spiel mit dem Feuer

Der Wahlkampf, der mit immer stärkerer Wucht einsetzt, zeitigt erfahrungsgemäß Ueberhebungen und Frechheiten und treibt Mäßen, die in weniger politischen ereignen Zeiten jedem denkenden Leser ihren Wert erkennen lassen würden. Die alldeutsche Presse, die wie wir schon mehrfach hervorgehoben haben, sich ganz besonderer nationaler Gesinnung bei jeder Gelegenheit so gern zu rühmen pflegt, scheint dieses Wort aber nur im Munde zu führen, nicht aber im Verge zu haben. Daß sie nun neuerdings ein Verweis ein Auftrag der „Täglichen Rundschau“, die nicht davor zurückschreckt, ganz offen mit dem Gedanken des Bürgerkrieges zu spielen, nichtig ist, daß die Gefahr eines Umsturzes seitens der radikalen Linksparteien noch keineswegs als überwunden angesehen werden darf.

1. Das Zentrum sorgte dafür, daß in dem Gefes die Entscheidungspflicht festgelegt wurde. Dadurch ist erreicht, daß die Bewirtschaftung des Privateigentums im Prinzip anerkannt ist, denn wo keine Eigentumsbewirtschaftung anerkannt wird, kann auch keine Rede von einer Entscheidung sein.

2. Das Zentrum sorgte dafür, daß in dem Gefes ausdrücklich festgelegt wurde, daß nur sozialisiert werden darf „im Falle eines dringenden Bedürfnisses“. Das bedeutet nichts anderes als einen hervorragenden Schutz vor allem für unsere Landwirtschaft, die dadurch gegen die Sozialisierungsneugier in weitestgehendem Maße geschützt ist.

3. Das Zentrum sorgte dafür, daß festgelegt wurde, daß nur durch Reichsgesetze sozialisiert werden darf. Damit ist jeder Eigenmächtigkeit Tür und Tor veranbart. Jedesmal muß der ganze große Gesetzgebungsapparat, Reichstag, Reichsrat, Reichspräsident und in Zukunft soll auch das Reichswirtschaftsparlament in Bewegung gesetzt werden.

getan hat. Wenn sie wirklich derartige Gefahren befürchtet, dann müßte sie auch von ihrem Standpunkt aus alles tun, um mit dazu beizutragen, daß das deutsche Bürgerum nicht nach den Wahlen einem durch äußeren Druck zusammengezwungenen Volk der Sozialdemokratie gegenübersteht. Die Auslassungen der „Täglichen Rundschau“ zeigen deutlich, welchen Gefahren das deutsche Volk entgegengeht, wenn die Wahlen der äußersten Rechten einen solchen Erfolg brächten, wie sie ihn erhoffen. Gegenüber solchen Gefahren, die gewiß von links härter brohen als von rechts, aber auch von dieser Seite, wie die Auslassungen der „Täglichen Rundschau“ irrenhaft befehlen, kann es nur ein geben: ein hartes Zentrum, welches allein in der Lage ist, Umsturzbewegungen sowohl von links wie von rechts hintanzuhalten.

Die deutsche Nationalversammlung Gegen die schwarze Schmach

Berlin, 20. Mai. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr und macht Mitteilung von dem Eingang mehrerer Gesetzentwürfe. Abg. Frau Köhl (Soz.) begründet eine Interpellation aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen, betreffend die Verwendung farbiger Truppen in dem besetzten Gebiet. Für Frauen und Mädchen, Männer und Knaben seien diese Wägen eine schreckliche Gefahr. Aus der kleinste Teil der Scheuchlichkeiten werde bekannt, in der ganzen Welt wachse die Entrüstung.

Abg. Frau Fiebig (Unabh.): Alle deutschen Infanterie entstammen nur dem Militarismus, der überhaupt befristet werden muß. Wenn Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages über die Größe seines Militärs erfüllen würde, so würde es ein geringstes Obere der Welt für die Verminderung der Besatzungstruppen finden. Die Interpellanten haben kein Wort gegen die unbilligen Rechte, die gegen deutsche Frauen von deutschen Soldaten begehrt worden sind. Auch in Ostpreußen haben deutsche Soldaten solche Gräueltaten begangen. (Stürmische Unterbrechung. Anbauernde große Entrüstung. Huluf.) Mit diesen Urtaten heilen sie die Verwundeten der deutschen Soldaten gut. (Erneuter Sturm. Stürmische Schlußrufe. Die Rechte, Zentrum, Demokraten und ein Teil der Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Es ist nur ein Massenaufruf gegen die Schwarzen, den wir nicht mitmachen.

Abg. Frau Wende (D. Sp.): Für die Verweigerung seiner Kinder kann niemand einen Funken Liebe empfinden. Vielleicht nützt es noch, sich an den Papst zu wenden.

Abg. Lawrence (Deutschnat.) begründet eine Interpellation betreffend Maßnahmen der internationalen Schiedsrichtungskommission, die von allen Fraktionen außer den Unabhängigen und der Bayerischen Volkspartei unterzeichnet ist und die sich über den Erfolg bündischer Gesetze betreffend Einführung der Atomenergie in der ersten Abkommensperiode bezieht. Da die Grenze nach nicht festgelegt sei, so sei dadurch besonders in der zweiten Zone schwere Schäden entstanden.

Abg. Fohmann (Dem.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen betreffend die Rechte der durch die Verweigerung der Unabhängigen in den an Polen abgetretenen Gebieten. Diese Rechte würden andauernd aufgeschoben werden.

Abg. Schmitt (Dem.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen betreffend die Zustände in den Freien Kurven und Westpreußen. Die Rechte würden andauernd aufgeschoben werden.

Abg. Schmitt (Dem.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen betreffend die Zustände in den Freien Kurven und Westpreußen. Die Rechte würden andauernd aufgeschoben werden.

Abg. Schmitt (Dem.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen betreffend die Zustände in den Freien Kurven und Westpreußen. Die Rechte würden andauernd aufgeschoben werden.